

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 05.05.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:57 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion
Janßen, Heinz Werner
Orth, Petra (bis 18:55 Uhr)

FDP-Fraktion
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Grix, Wilhelm
Hayenga, Klaas
Kandziora, Marianne
Steinmeyer, Elke

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Büüsker, Wilhelm
Decker, Ubbo Dr. (ab 17:05 Uhr)
Szag, Elisabeth
Schulte, Elke

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes gem. § 28 NGO

Herr Ammersken nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds Marianne Kandziora gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.02.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.02.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Rahmenplan Integration zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Emden
Vorlage: 15/0654/1

Herr Lutz führt aus, Integration werde auf Bundesebene als eine nationale Aufgabe betrachtet. Es stelle sich die Frage, wie Menschen mit unterschiedlicher Herkunft miteinander zusammenleben könnten. Seiner Ansicht nach sei dieses ein sehr wichtiges Thema, für das sich der Bund stark mache. Es werde über Demographie gesprochen und dass die Bevölkerung in Deutschland immer weniger werde. Daher habe man in den 80-er Jahren angefangen, davon zu reden, dass Deutschland Zuwanderer brauche. Wenn die Menschen in Deutschland nicht mehr genügend Kinder bekämen, dann müsse man dafür sorgen, dass Menschen herkämen, die hier leben und arbeiten würden. An vielen Stellen wie in Berlin-Kreuzberg oder Mannheim sei dieses

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

nicht gelungen. So groß seien diese Probleme auf den ersten Blick in Emden nicht. Auf dem zweiten Blick müsse man jedoch feststellen, dass gewisse Probleme schon vorhanden seien. Wenn man sich die Wanderungsbewegungen unter den Ausländern in Emden ansehe, dann könne man sich ausrechnen, dass genau so viele Menschen mit einem fremden Pass nach Emden ziehen und wieder wegziehen würden. Herr Lutz ist der Ansicht, dass dieses irgendwo einen Grund haben müsse. Seiner Meinung nach könne der Grund darin liegen, dass es nicht gelingen würde, diesen Menschen klar zu machen, warum sie gerade in Emden bleiben sollten. Von daher sei diese Aufgabe der Integration nicht nur eine Aufgabe des Bundes und des Landes, sondern vor allem eine Aufgabe hier vor Ort. Denn hier treffe man auf seine Nachbarn und hier sei Integration überhaupt erst möglich. Wenn man sich gegenüberstehe, könne man den anderen Menschen wahrnehmen und ihn akzeptieren. Man müsse sich darüber bewusst werden, dass man selber auch Fehler habe, genauso wie der andere. Diese Fehler und auch die Vorteile müsse man nur akzeptieren und sich bewusst werden, dass man von den Sitten und Kulturen anderer Menschen nur profitieren könne. Wenn die heimische Bevölkerung zu diesem Bewusstsein käme, dann sei der größte Schritt dazu geschaffen, was in der Integration tatsächlich möglich sei. Integration gehe dann weiter, wenn man sich darüber bewusst sei, dass man seine Nachbarn brauche. Kleine Schritte seien es, die tatsächlich zum Vertrauen führten, in dem man zusammenarbeiten könne. Diese kleinen Schritte habe man auch gemacht, als man in einer Arbeitsgruppe versucht habe, das Programm in dem Integrationsplan zusammenzustellen.

Herr Lutz weist darauf hin, dass anhand des jetzt vorliegenden Integrationsrahmenplanes in Zukunft entschieden und geprüft werden müsse, ob das, was man mache, dafür Sorge, dass man untereinander besser in dieser Stadt in der Integration zusammenarbeiten könne. An diesen Handlungsrahmen wolle man sich halten. Er appelliert an alle, hier mitzumachen. Weiterhin dürfe man nicht vergessen, dass die zugewanderten Menschen auch aus wirtschaftlichen Gründen gebraucht würden, um sicherzustellen, dass die Arbeit auch in Zukunft noch gemacht werde. Abschließend bittet Herr Lutz darum, den Integrationsrahmen zu lesen, da dort wichtige Ansatzpunkte enthalten seien, wie in dieser Stadt besser miteinander zusammengearbeitet werden könne.

Frau Schulte stellt gemeinsam mit **Herrn Schild** den Rahmenplan Integration anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ammersken bedankt sich für die Ausführungen. Weiter bedankt er sich bei allen Beteiligten, die sich die Mühe gemacht hätten, diesen Rahmenplan zu erstellen. Herr Ammersken bemerkt, allen müsse klar sein, dass man sich durch die Verabschiedung dieser Vorlage verpflichte, zukünftig Beschlüsse und Maßnahmen in der Stadt Emden vor dem Hintergrund der Integration zu sehen. Dieses sei eine sehr große Aufgabe, der man sich stellen wolle. Dessen sollte man sich bewusst sein.

Frau Orth weist darauf hin, dass im Rahmenplan ein Fehler vorhanden und Herr Bongartz der FDP-Fraktion zugeteilt worden sei. Sie bitte um entsprechende Korrektur.

Frau Orth bedankt sich bei allen, die an diesem umfassenden Werk beteiligt gewesen seien. Ihrer Ansicht nach werde noch sehr viel Arbeit auf Rat und Verwaltung zukommen, da dieses Thema auch weiterhin in den Ausschüssen behandelt werden müsse. Sie fragt an, wie zukünftig mit Punkten verfahren werde, die nicht den Ausschuss für Gesundheit und Soziales betreffen würden. Es müsse das Ziel sein, dass alle Menschen einen gemeinsamen Lebensweg gehen. Das Miteinander aller Menschen ist ein sehr hohes Ziel, dass unbedingt erreicht werden müsse.

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Abschließend erkundigt sich Frau Orth, ob für dieses Projekt Fördergelder akquiriert werden könnten oder ob bereits welche beantragt worden seien.

Frau Tempel erklärt, die entstandenen Kosten für die Erarbeitung des Rahmenplans seien aus dem Budget des Fachbereichs 500 getragen worden. Fördergelder seien bisher dafür nicht akquiriert worden. Zukünftig werde man jedoch prüfen müssen, ob es möglich sei, zu den einzelnen Handlungsfeldern Fördergelder zu akquirieren. Sie bemerkt, zunächst müsse die weitere Entwicklung abgewartet werden, welche Maßnahmen angegangen werden sollten.

Herr Lutz bemerkt, dass seit einiger Zeit bei allen Vorlagen die finanziellen Auswirkungen aufgezeigt werden müssten. Ferner würden auch zu den Auswirkungen auf die demographische Entwicklung Stellung genommen. Er gehe davon aus, dass zukünftig auch gesagt werden müsse, welche Auswirkungen eine zu treffende Entscheidung auf Integration haben werde. Er weist darauf hin, dass am Ende des Rahmenplans in der Zusammenfassung stehe, dass sich alle verpflichten würden, in allen zu treffenden Entscheidungen darüber nachzudenken, welche Auswirkungen dieses auf Integration habe. Von daher werde sich auch z. B. der Stadtentwicklungsausschuss darüber Gedanken machen müssen, was seine Planungen unter Umständen für Auswirkungen auf Integration habe.

Auf die Frage von **Frau Orth**, welches Budget hier gemeint sei, antwortet **Herr Lutz**, im Haushalt gäbe es entsprechende Teilhaushalte und wenn im Bereich der Planungen Ausgaben getätigt werden sollen, dann würden die auch aus diesem Bereich bezahlt. Der Rat werde den Auftrag geben, dass bei allen Beschlüssen die Probleme der Integration zu beachten seien.

Herr Graf bedankt sich für die Ausarbeitung des Rahmenplanes. Leider habe er aus terminlichen Gründen nicht an den beiden Workshops teilnehmen können. Er fragt an, ob noch eine weitere Veranstaltung geplant sei.

Frau Tempel entgegnet, die Verwaltung warte zunächst den Beschluss des Rates zum Rahmenplan ab, um u. a. an der Leitbildentwicklung weiterzuarbeiten. Wie bereits im Vortrag dargestellt, sei der gesamte Prozess sehr breit angelegt worden, um alle Teilnehmer, die mitgearbeitet und ihre eigenen Vorstellungen und Ziele in die Diskussion eingebracht hätten, letztendlich unter einem Leitziel zu vereinen. Dieses sei bei den letzten beiden Treffen noch nicht gelungen. Daher bedürfe es noch einer entsprechenden Diskussion. Dieses hier sei die erste Vorlage, die an den Rat gegangen sei. Die weitere Bearbeitung des Themas erfolge im operativen Bereich der Verwaltung. Doch es müsse weiter in die Breite getragen werden. Nach einem entsprechenden Beschluss des Rates könnte in den vier Handlungsthemen weiterbearbeitet werden.

Frau L. Meyer begrüßt den jetzt vorgestellten Rahmenplan und bedankt sich bei denjenigen, die dort mitgearbeitet hätten. Ihre Fraktion werde dieser Beschlussvorlage natürlich zustimmen, weil es sehr wichtig sei, diesen Rahmenplan zunächst auf den Weg zu bringen, um dann weiterarbeiten zu können.

Herr R. Bolinius hält den Rahmenplan für einen Schritt in die richtige Richtung zur Förderung der Migration. Er bedankt sich bei allen, die mitgeholfen hätten, dieses Papier zu erstellen. Für ihn sei es wichtig, dass nachher die Nachhaltigkeit geprüft und die Bilanz gezogen werde, um zu sehen, wo man stehe und wo man noch hin müsse. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen und hoffe auf eine weitere gute Arbeit.

Herr Schild weist darauf hin, dass es ganz wichtig sei, hier einen Bewusstseinsprozess zu schaffen. Wenn in Zukunft Entscheidungen zu treffen seien, müsse man sich bewusst machen, welche Folgen diese für die Menschen mit Migrationshintergrund haben würden. Dieses sei

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

eine hohe Verantwortung, die mit der Erstellung des Rahmenplanes übernommen werde. Seiner Meinung nach sei die bisherige Diskussion ein bisschen schwerfällig. Doch sei das Thema Integration sehr wichtig und es sei schwer, hier wohlbedachte Worte zu sprechen. Auch sei es tatsächlich so, dass alle Bereiche hier eng miteinander verknüpft seien. Man werde lernen müssen, diese Hürden zu überwinden. Bei dieser Querschnittsaufgabe müsse genau überlegt werden, ob man sie unter den Tisch fallen lasse oder sie gemeinsam bearbeite. Dieses gehe nur über das Bewusstmachen. Herr Schild betont, man müsse gemeinsam ins Gespräch kommen, um den Integrationsrahmenplan mit Leben zu füllen und in die Bevölkerung hineinzubringen. Das sei die Aufgabe, der man sich stellen müsse.

Herr Götze führt aus, sicherlich werde es anfangs etwas kosten, bestimmte Dinge anzuschieben. Doch die Demographie zwinge dazu, hier etwas zu unternehmen. In Emden gäbe es fast 8.000 Menschen, die einen Migrationshintergrund hätten. Diese Menschen müssten mitgenommen werden in Bildung und Ausbildung, da sie als Fachkräfte gebraucht werden. Er sei davon überzeugt, dass es sich hier um rentierliche Ausgaben handeln würde.

Herr Grix bedankt sich für die Erarbeitung dieses Konzepts. Er erkundigt sich, was mit der Bemerkung gemeint gewesen sei, das von der AWO erarbeitete Papier wäre nicht zur Umsetzung fähig gewesen. Seiner Ansicht nach sei hier das Ziel gewesen, eine inhaltliche Vorbereitung zu machen, um festzustellen, wo es Überschneidungen gäbe. Es würde Vereine und Verbände geben, die auf gleicher Ebene gleiche Dinge täten. Hier habe man feststellen wollen, was überhaupt getan werde und was verbessert werden könne.

Weiter erklärt Herr Grix, er halte es nicht für ausreichend, was zurzeit getan werde, um überhaupt die Sprachbarrieren zu beseitigen. Wenn die Menschen die deutsche Sprache nicht lernen würden, sei dieses schon problematisch. Hier müsse mehr getan werden.

Herr Lutz bemerkt, das Papier der AWO sei einer der Punkte gewesen, weshalb gesagt worden sei, die Integration müsse weiterentwickelt werden. Dieses Paper habe als Grundlage gedient und vieles davon sei auch in der Statistik wieder zu finden.

Abschließend betont Herr Lutz, hier werde nichts für oder gegen Migranten getan, sondern es werde etwas für alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt gemacht. Dieses sei der Gedankenpunkt, den man sich bei jeder Entscheidung des Rates vor Augen führen sollte.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage 15/0654/1 als Anlage beigefügten Rahmenplan Integration.
2. Der Rat der Stadt Emden nimmt die Vorschläge zum Leitbild des Rahmenplans zur Kenntnis und bittet die Verwaltung unter Berücksichtigung der vier beigefügten Vorschläge, ein Leitbild bis zur nächsten Sitzung des Rates zu entwickeln.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 7 Einrichtung eines Pflegestützpunktes gem. § 92 c SGB XI;
- Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landesverband der AOK Niedersachsen - Braunschweig
Vorlage: 15/1299/1

Frau Szag erklärt, bereits im Herbst letzten Jahres sei der Ausschuss für Gesundheit und Soziales über die Pläne zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Emden unterrichtet worden. Seinerzeit sei der Auftrag an die Verwaltung ergangen, den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landesverband der AOK vorzubereiten. Nun würden der Vereinbarungsentwurf und die überarbeitete Konzeption vorliegen. Diese Rahmenvereinbarung sei ein Entwurf aus der Beratung der Spitzenverbände, der Pflegekassen, der kommunalen Träger und des Landes Niedersachsen..

Herr Ammersken bedankt sich bei Frau Szag für die Einführung in das Thema und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer bemerkt, die SPD-Fraktion begrüße die Einrichtung dieses Pflegestützpunktes. Sie fragt an, ob die Kosten für die Beratung von der Pflegekasse bezahlt würden.

Frau Szag antwortet, die Pflegekassen seien anteilig an diesen Kosten beteiligt und würden pro Einwohner über 65 Jahren einen Euro zahlen. Das wäre für Emden nicht einmal 18.000 €. Aus diesen Grunde sei in den Bestimmungen zur Einrichtung des Pflegestützpunktes festgelegt worden, dass eine Kommune mindestens 30.000 € erhalte. Es würden jedoch Personal- und Sachkosten in Höhe von 65.000 € entstehen, von denen 30.000 € durch den Landesverband abgedeckt seien. Die Eigenbeteiligung der Stadt Emden betrage 35.000 € und müsse aus dem Haushalt bezahlt werden.

Frau L. Meyer erkundigt sich, ob eigene Räumlichkeiten für diesen Pflegestützpunkt zur Verfügung stünden.

Frau Szag führt aus, zurzeit sei geplant, den Pflegestützpunkt im Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes III unterzubringen. Nach Fertigstellung des Neubaus des Verwaltungsgebäudes IV sei jedoch geplant, den Pflegestützpunkt dort unterzubringen,

Frau Orth stellt fest, aufgrund der Überalterung der Bevölkerung werde der Pflegebedarf sicherlich zunehmen. Sie bittet um Auskunft, ob die Bürgerinnen und Bürger, die den Pflegestützpunkt aufsuchen würden, auch eine breite Information in Form einer Broschüre erhalten würden.

Frau Szag erklärt, einige Menschen würden eine umfassende Information wünschen, während andere sich nur für einen individuellen Teil interessierten. Schon jetzt gäbe es den Seniorenwegweiser und auch die Flyer der Beratungsstellen, die den interessierten Bürgern mitgegeben werden könnten.

Frau Meinen bittet um Erläuterung, was mit der Anmerkung zu den finanziellen Auswirkungen gemeint sei.

Herr Lutz führt aus, im letzten Jahr habe der Bund beschlossen, die Pflege zu optimieren. Bei dem Pflegestützpunkt gehe es lediglich um die Beratung. Die Kommunen würden an der Einrichtung ein Eigeninteresse haben, da sie auch zahlen müssten, wenn sich eine Person in einer Einrichtung befinde und das Einkommen nicht ausreiche. Bei einem Pflegestützpunkt würden die Leute dahingehend beraten, dass sie die passende Pflegeleistung beantragen könnten. Die

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

meisten Leute möchten lieber zu Hause bleiben. Daher könne man eine Broschüre entwickeln, in der alle Pflegeanbieter aufgeführt seien. Somit mache die Stadt Emden nicht Werbung für einen Anbieter, sondern berate lediglich.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden beschließt, mit der zuständigen Landespflegekasse die der Vorlage 15/1299/1 als Anlage beigefügte Vereinbarung zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes für die Stadt Emden zu schließen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

1. Modellprojekt „Bürgerarbeit“

Herr Schulze bittet um Auskunft hinsichtlich eines neuen Programms der Bundesregierung, welches 500 Menschen einen versicherungspflichtigen Arbeitsplatz ermöglichen solle.

Herr Lutz führt aus, er sei über dieses Programm vom Geschäftsführer der Arge informiert worden und habe bereits im Verwaltungsausschuss darüber berichtet. Voraussetzung sei jedoch, dass bis zum 27.05.2010 ein Programm vorzulegen sei, wie mindestens 500 Menschen über eine zusätzliche Aufgabe in Arbeit gebracht werden könnten. Bei einer Anzahl von weniger als 3.000 Bedarfsgemeinschaften sehe er erhebliche Schwierigkeiten, in der Kürze der Zeit ein entsprechendes Konzept für 500 Menschen aufzustellen. Dabei dürfen andere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nicht verdrängt werden. Im Verwaltungsausschuss habe er sich dahingehend geäußert, dass es durchaus möglich sein werde, ca. 15 Personen in Arbeit zu bringen. Jedoch stehe in den Teilnahmebedingungen, dass mindestens für 500 Personen eine Beschäftigung geschaffen werden müsse. Diese große Anzahl sei seines Erachtens nur von Großstädten wie Berlin oder München zu schaffen, da man dort über eine entsprechende Anzahl von Personen verfüge, die relativ schnell für den Arbeitsmarkt zu aktivieren seien. Leider sei es auch nicht möglich, sich mit dem Landkreis Aurich, Leer oder Wittmund zusammenzutun. Abschließend stellt Herr Lutz fest, somit sei dieses Programm für die Stadt Emden leider nicht durchführbar.

Frau Tempel ergänzt, dieses Thema sei auch in der heutigen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Niedersächsischen Städtetages diskutiert worden. Auch die Vertreter der anderen Städte seien der Ansicht, dass das Programm für alle in diesem Jahr zu spät gekommen sei, da der Bund die Eingliederungsmittel stark gekürzt habe. Zudem seien durch die Planung der Eingliederungsmittel die Gelder für dieses Jahr eigentlich schon festgelegt und ausgegeben. Wenn der Bund tatsächlich etwas tun wolle, dann müsse er auch ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Nach ihren Berechnungen sei dieses Modell für die Kommunen negativ, da die Personen mit den zu erreichenden Einkünften möglicherweise aus dem Leistungsbezug der Grundsicherung fallen würden und in der Statistik nicht mehr als arbeitsuchend geführt werden, jedoch nicht unabhängig von den kommunalen Leistungen der ARGE für Unterkunft und Heizung ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten.

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Götze erklärt, auch ihm sei dieses Papier bekannt. Doch nach genauerem Hingucken habe er feststellen müssen, dass der Termin für die Interessenbekundung bis zum 27.05.2010 sehr kurzfristig sei. Danach habe die Kommune ein halbes Jahr Zeit, sich darauf vorzubereiten. Wenn man jedoch dieses Gesetz mit der Größenordnung sehe, gehe er nicht davon aus, dass auch Städte wie Hamburg oder Berlin so schnell 500 Personen in Arbeit bekämen. Das Entscheidende sei seiner Meinung nach aber auch, dass diese 1.085 € sozialversicherungspflichtig seien. Abschließend stellt Herr Götze fest, dieses Programm sei für viele Menschen eine Chance gewesen, durch Bürgerarbeit wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Seiner Meinung nach seien hier Leute am Werk gewesen, die die Praxis einfach nicht kennen würden.

Herr Lutz stellt richtig, bis zum 27.05.2010 sei ein Konzept vorzulegen. Eine Interessenbekundung reiche nicht aus. Das bedeute, dass man jetzt tatsächlich sagen müsste, mit welchen Aktivitäten man die Leute beauftrage. Danach habe man sechs Monate Zeit, aus dem Eingliederungshaushalt die Leute zu aktivieren. Er erklärt, die hier betroffenen Personen würden nicht arbeitslosenversichert und es treffe auch nicht zu, dass sie 1.085 € erhalten würden. Für eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden würden sie 900 € brutto und der Arbeitgeber eine Pauschale in Höhe von 185 € für die Sozialversicherung erhalten. Wenn die wöchentliche Arbeitszeit jedoch nur 20 Stunden betrage, verringere sich der Betrag dementsprechend. Herr Lutz stellt abschließend fest, ein Betrag von 900 € reiche für eine Familie nicht aus, aus SGB II Leistungsbereich herauszukommen.

2. Mammobil

Frau L. Meyer erkundigt sich nach dem Zuspruch des Mammobils, welches sich derzeit in Emden aufhalte.

Herr Dr. Decker führt aus, das Mammobil sei noch aktiv und stehe hinter dem Krankenhaus. Erst wenn diese Maßnahme abgeschlossen sei, könne er entsprechenden Zahlen hinsichtlich der Beteiligung vorlegen. Er appelliert an alle, die eine Einladung bekommen hätten, diese Chance zu nutzen und dort hinzugehen.

3. Kinderimpfungen

Frau L. Meyer erkundigt sich, ob nach der Information hinsichtlich des Impfens der Kinder das Impfverhalten besser geworden sei.

Herr Dr. Decker erklärt, im Jahre 2001 habe die Impfbereitschaft in der Stadt Emden wie auch in den benachbarten Landkreisen nicht besonders gut ausgesehen. Mit Hilfe der Presse und durch regelmäßige Treffen mit den Kinderärzten habe man versucht, das Thema in den Focus zu rücken. Mittlerweile sei man mit einer Quote von 87 % besser als der Landesdurchschnitt, sodass das Ziel wirklich erreicht worden sei.

4. Bericht des ARGE-Beirates

Herr Graf bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales einen Bericht des ARGE-Beirates auf die Tagesordnung zu nehmen.

5. Strukturreform

Herr Götze erklärt, in der letzten Sitzung habe man von der Verwaltung einen Entwurf über die Strukturreform des SGB II bekommen. Zwischenzeitlich habe sich die Situation jedoch wieder geändert. Die Grundgesetzänderung stehe kurz bevor und eine Mischverwaltung solle zugelassen werden. Mit dieser Änderung sei es möglich, dass weitere 41 Kommunen optieren könnten.

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Ihm sei bekannt, dass Aurich und Wittmund beabsichtigten, die Option zu ziehen. Seiner Meinung nach könne das fatale Auswirkungen für Emden und für die gesamte Region haben, weil dann die Aufgaben insgesamt für den Standort der Bundesagentur in Emden wegfallen würden und es zu Reduzierungen im Personalbereich käme. Er schlage vor, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und über die Auswirkungen für die Region zu sprechen. Denn letztendlich würde das Fachwissen hier wegfallen und Entscheidungen würden sehr weit weg in Osnabrück gefällt werden. Er könne nicht nachvollziehen, warum jede Kommune hier seine eigene Suppe kochen wolle.

Herr Lutz bemerkt, im Prinzip sei dieses keine Anfrage gewesen, sondern eine politische Stellungnahme. Selbstverständlich habe er sich bei den Landkreisen Aurich und Wittmund erkundigt, ob man sich über dieses Thema unterhalten könne. Die Antwort sei hier gewesen, dass bereits seit etwa einem halben Jahr ein Beschluss der Kreistage vorliegen würde, dass die Option gezogen werden solle. Herr Lutz macht darauf aufmerksam, dass seines Erachtens die Kriterien, ob die Option auch tatsächlich zugelassen würde, noch nicht feststehen würden. Hier gäbe es eine Fülle von verschiedenen Kriterien, sodass man nicht wisse, welcher Träger der Grundsicherung nachher zu einer Option kommen könne. Die Stadt Emden berate derzeit mit der hiesigen Bundesagentur, wie die ordentliche Behandlung der Kunden in Zukunft sichergestellt werden könne. Dabei habe man auch über die Frage gesprochen, als Stadt Emden die Option zu ziehen. Dieses würde jedoch einen ganz erheblichen Aufwand bedeuten, um das System umzugestalten. Auch sei noch nicht klar, ob die Option gemeinsam mit den Nachbarlandkreisen gezogen werden könne. Momentan kämen ständig neue Informationen, die zu verarbeiten seien. Daher könne im Prinzip nur sagen, dass die Stadt Emden mit ihrer ARGE eine Insel sei, wenn die benachbarten Landkreise die Option ziehen würden. Aber dieses würde ebenfalls passieren, wenn sie auch die Option ziehen würde, denn jeder würde dann versuchen, sein eigenes Klientel zu bedienen.

6. Resolution des Rates gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo

Herr Schild bemerkt, bereits in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.02.2010 habe er eine Anfrage bezüglich der vom Rat im Dezember 2009 verabschiedeten Resolution gestellt. Er habe bis heute noch keine Antwort erhalten. Am 10.03.2010 habe er im Jugendhilfeausschuss erneut um Antwort gebeten. Heute sei bereits der 05.05.2010 und er hätte jetzt gerne die Antworten zu seiner Anfrage.

Herr Lutz erklärt, zuständig für diesen Bereich sei der Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Bürgerservice, denn dort sei die Ausländerabteilung untergebracht. Er könne jedoch mitteilen, dass die Resolution an die Landesregierung verschickt worden sei. Eine Antwort sei bislang nicht eingegangen. Das Kosovo gelte derzeit als ein Land, wohin eine Abschiebung möglich sei. In den Fällen, in denen jemand ausreisepflichtig aus der Bundesrepublik sei und keine Abschiebehindernisse vorliegen würden, könne es jederzeit passieren, dass diese Personen auch abgeschoben würden. Dieses sei ein ganz normaler Gesetzesvollzug. Unter dem TOP 6 habe man das Thema Integration angesprochen. Integration betreffe nur die Personen, die sich legal in Deutschland aufhalten würden. Dazu habe die Innenministerkonferenz im Januar einen Beschluss gefasst. Man habe dem Personenkreis aus dem Kosovo Angebote zur Integration in der Bundesrepublik gemacht. Wenn diese Möglichkeiten nicht genutzt würden, könne man davon ausgehen, dass eine Integration offensichtlich nicht gewünscht sei. In solchen Fälle gäbe es keinen Grund, eine Abschiebung nicht durchzuführen, sofern das Herkunftsland sicher sei. Bei Personen, bei denen die Abschiebung gesetzlich vorgesehen sei, würden die Behörden diese auch durchführen müssen, da sie Gesetze zu vollziehen haben. Von daher besteht für Personen, die sich z. B. illegal in Deutschland aufhalten würden, grundsätzlich die Möglichkeit, dass sie abgeschoben würden. Es sei Behördenaufgabe, dieses auch tatsächlich durchzusetzen.

Niederschrift Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Götze betont, er könne das nicht nachvollziehen. Ihm sei bekannt, dass das Kosovo nicht als ein sicheres Land für Roma gelte, Diese Menschen hätten seiner Meinung nach dort überhaupt keine Perspektive. Er sehe eine Abschiebung als ein Verbrechen an die Menschlichkeit. In Emden würden ca. 30 Roma leben und in ganz Deutschland ca. 15.000. In jedem Jahr sollten 2.500 abgeschoben werden. Die Leute würden ca. 10 bis 20 Jahre in Deutschland leben und ihre Kinder seien hier geboren. Abschließend stellt Herr Götze fest, diese Resolution sollte bewirken, dass sich die Meinung ändere und die Leute nicht einfach in ihr Unglück geschickt würden.

Herr Lutz entgegnet, jeder könne zu diesem Thema eine Meinung haben. Die Bediensteten bei der Stadt Emden würden jedoch dafür bezahlt, dass sie die Gesetze vollziehen und ordentlich und gesetzmäßig handeln würden. Und wenn diese Gesetze vorsehen würden, dass bestimmte Personen auszuweisen seien, die sich nicht legal in Deutschland aufhalten würden, dann hätten die Behörden in der Stadt diese Aufgaben auszuführen. Die Durchführung sei eine gesetzliche Verpflichtung und jeder Bürger in diesem Staat habe einen Anspruch darauf, dass seine Behörden rechtmäßig arbeiten würden.

Anmerkung der Protokollführung

Die Anfrage von Herrn Schild in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.02.2010 bezüglich der Resolution des Rates gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo wurde bereits durch das Protokoll, welches am 08.04.2010 im Ratsinformationssystem bereitgestellt wurde, beantwortet. Im Jugendhilfeausschuss am 10.03.2010 wurde von Herrn Schild keine diesbezügliche Anfrage gestellt. Am 22.04.2010 wurde im Jugendhilfeausschuss eine erneute Anfrage gestellt, die ebenfalls über das Protokoll beantwortet wurde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.